



# Rotkehlchen

Jubiläumsausgabe

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

September 1988

Hans-Jochen Vogel zum Jubiläum der SPD:

## Der Strom hat noch Kraft

Auf ihrer Eröffnungs-Veranstaltung zum Parteijubiläum hat die SPD den gesellschaftlichen Wandel im Verlauf ihrer 125jährigen Geschichte zum Thema gemacht. Ziel des von der Historischen Kommission veranstalteten Forums sei es, so Hans-Jochen Vogel in seiner programmatischen Rede, "die selbstkritische Prüfung des Gewesenen mit Anstößen für Zukunftskonzepte und mit Beiträgen zur Diskussion unseres neuen Grundsatzprogramms zu verbinden".



Die Sozialdemokraten feierten, so Vogel, dieses Jubiläum, weil wir ohne Kenntnis unserer Geschichte viel von der Fähigkeit verlören, die Zukunft zu bewältigen. In einer schwierigen, ja bedrückenden Geschichte gehöre die SPD zu den Kräften, die das andere, das bessere Deutschland repräsentierten.

Die 125. Wiederkehr der SPD-Gründung sei nicht nur ein sozialdemokratisches, sie sei auch ein "deutsches Jubiläum", das an einen Markstein in der Geschichte erinnere. "Die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, das ist nicht ein Rinnsal am Rande der deutschen Entwicklung. Es ist ein Strom und auf nicht wenigen Gebieten der Hauptstrom der deutschen Geschichte! Ein Strom, der an Kraft nicht

verloren hat". Die SPD habe die Entwicklung des deutschen Volkes stärker beeinflußt als alle anderen politischen Kräfte. "Nichts, was unser Land heute auszeichnet, nichts, was unsere gesellschaftliche und unsere staatliche Ordnung gerechter, freier, sozialer und menschlicher macht, sei es der Rechtsstaat, sei es die parlamentarische Demokratie, der Aufbau des Sozialstaats, die Verbesserung der Bildungschancen der breiten Schichten, insbesondere die der Frauen, ist ohne unser Zutun entstanden".

Vogel setzte sich auch mit dem kritischen Einwand auseinander, das sozialdemokratische Jahrhundert gehe zu Ende. "Ich halte das für einen fundamentalen Irrtum." Die aktuellen Probleme - von der Friedenssicherung über den Abbau der Massenarbeitslosigkeit bis zur Verteidigung des Sozialstaats - seien ohne die Sozialdemokratie nicht zu lösen. Sie verlangten von der Partei Offenheit, Gesprächsbereitschaft und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ebenso wie neuartige organisatorische Anstrengungen und intensivere Überzeugungsarbeit. "Diese Überzeugungsarbeit muß deutlich machen, daß individuelle Lebensführung auf die durch solidarische Anstrengungen geschaffenen Systeme der sozialen Sicherheit nicht verzichten kann, sondern sie geradezu voraussetzt und daß diese Systeme nur von der SPD verteidigt und nur unter ihrer Mitwirkung reformiert werden können."



## Übrigens:

*Betrachtet man die regierungsamtlichen Verlaubarungen und ihren Niederschlag in den Medien, so müßte man vor Bewunderung über unsere Bundesregierung schier erstarren, liefert sie uns doch momentan ein Jahrhundertwerk nach dem anderen.*

*Zunächst kam die Steuerreform. Die Kleinen wurden ein wenig entlastet, die Großen dafür um so mehr. Alles das geschieht nach dem Motto, daß sich Leistung wieder lohnen muß. Die Zechen bezahlen dürfen allerdings wieder die Kleinen. Das ist in der Tat ein Jahrhundertwerk, denn so etwas gab's tatsächlich noch nicht!*

*Dann die Reform des Gesundheitswesens. Es sollte kräftig gespart werden, aber bitte an den richtigen Stellen. Nicht an den Einkommen von Ärzten und Pharmaindustrie, denn die können sich ja wehren. Die Kleinen zahlen wieder. Auch das gab's noch nicht!*

*Sie meinen, es reicht? Warten Sie nur ein Weilchen, dann kommt die Rentenreform!*

# Europa vor dem Binnenmarkt

## Die EG muß vorher demokratisiert werden

Es scheint eine magische Zahl zu sein: alles starrt auf 1992, das Jahr, in dem der europäische Binnenmarkt kommen soll. Bei Politikern aller politischer Richtungen ist die totale Euphorie ausgebrochen. Der europäische Binnenmarkt als Allheilmittel, 1992 sind alle Probleme vergessen, dann geht es nur noch bergauf!

Was bringt denn nun dieser Binnenmarkt, wer profitiert davon? Allgemein wird von den vier großen Freiheiten gesprochen, die dann verwirklicht werden. Ab 1992 gibt es innerhalb der EG offene Grenzen für Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital.

Da wird es dann auch schon deutlich: profitieren werden in erster Linie Investoren und Händler. Da es in den EG-Mitgliedsstaaten teilweise noch sehr unterschiedliche Gesetzgebung, besonders in Steuersachen und in der Sozialpolitik, gibt, führt das zu unterschiedlichen Startbedingungen für die nationalen Wirtschaften.

So ist zu befürchten, daß soziale und demokratische Errungenschaften auf dem Altar der internationalen Wettbewerbsfähigkeit geopfert werden. Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, besonderer Schutz der Arbeiter vor gefährlichen Stoffen wie in Dänemark, Mehrwertsteuerbefreiung für Lebensmittel und Kinderkleidung wie in Großbritannien, werden sie dem großen EG-Rasenmäher entgehen?

Wegen des überwiegend wirtschaftsliberalen Kurses der einzelnen nationalen Regierungen besteht da nicht viel Hoffnung. Und bekäme man zuhause bei der einen oder anderen Maßnahme Schwie-

ment ganz zu schweigen. Man stelle sich vor, bei uns würden die Gesetze ausschließlich im Bundesrat beschlossen, von weisungsgebundenen Landesbeamten und unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Brüsseler Realität! Und die so zustande gekommenen Richtlinien und Verordnungen sind bindendes europäisches Recht.

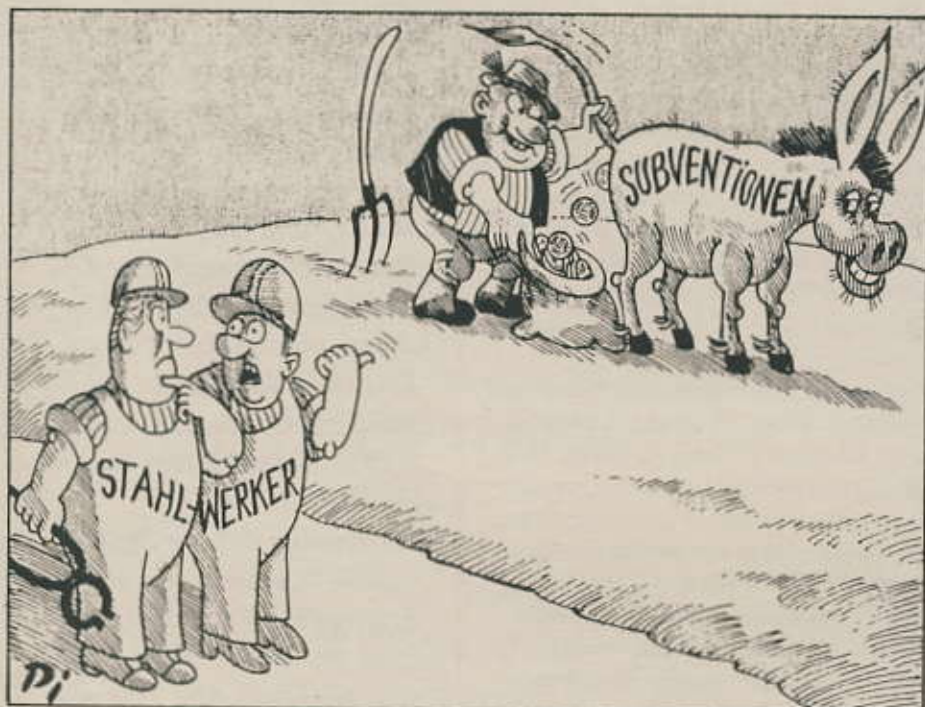
Ein bürokratischer Wasserkopf von 12000 Beamten bereitet zusammen mit tausenden von Lobbyisten die EG-Gesetze vor. Im Europäischen Parlament läuft dann ein schein-demokratisches Anhörungsverfahren ab. Das letzte Wort hat nämlich immer der Rat. Demokratie? Dieses vordemokratische System wird auch weiterhin nationale Rechtsordnungen bedrohen. DER SPIEGEL sah das neulich so:

“Es ist nicht einmal notwendig, die Schutzgesetze der einzelnen Länder formal durch eine EG-Norm außer Kraft zu setzen. Es reicht völlig, wenn zwar die Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit den nun üblichen großen Schritten vorangeht, alles andere aber wegen der ach so großen Differenzen auf die lange Bank geschoben wird. Den Rest besorgen die dann entfesselten Kräfte des freien Marktes. Wo weit und breit keine zentral organisierten Kontrollen, keine einheitliche Gerichtsbarkeit, keine gemeinsamen oder allenfalls minimale Sicherheits- und Verbraucherschutznormen in Sicht sind, entsteht ein Markt ohne Staat, stehen Verbraucher und Arbeitnehmer noch schutzloser als bisher vor einer wildgewordenen Ökonomie.“

Hält man sich das alles vor Augen, so ist die meist kritiklose Jubelhaltung vieler Politiker zum Binnenmarkt geradezu unverantwortlich. Was eigentlich muß noch passieren, bis die Bonner Demokraten merken, daß ihre Art der Demokratie sich mit rasender Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Relevanz eines Kasperle-Theaters nähert?

Hier soll nicht gegen eine europäische Einigung argumentiert werden. Im Gegenteil, Europa ist sinnvoll und notwendig. Aber zunächst muß es mal vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Die Schaffung demokratischer Strukturen ist Voraussetzung für alles andere. Zu diesem Schluß kam auch der Spiegel, wenn er meinte:

“Erst wenn Räte und Kommission zugun-



Bauer hätte man werden sollen!

waz-Zeichnung: Klaus Pielert

Und hier taucht dann das zweite Zauberwort auf: Harmonisierung. Gemeint ist damit die Vereinheitlichung der Vorschriften, und zwar auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner, der die Wirtschaft am wenigsten belastet. Kritiker des Binnenmarktes befürchten denn auch politische Rückschritte noch kaum erkannten Ausmaßes.

rigkeiten mit der Opposition, so gibt es derartige Probleme im Rat der Zwölf in Brüssel erst gar nicht, denn Demokratie findet dort nicht statt.

Eine Trennung von Legislative und Exekutive, Grundlage jeder demokratischen Ordnung, kennt man in Brüssel nicht, von wirksamer Kontrolle durch ein Parla-

sten eines mit wirklichen Kontrollbefugnissen ausgestatteten Parlamentes entmachtet würden, wenn der europäische Winterschlaf der Gewerkschaften ein Ende fände und Oppositionspolitiker quer durch die EG sich über den Provinzialismus ihrer politischen Debatten erheben würden, hätte ein Europa der so-

zialen und ökologischen Vernunft wenigstens eine Chance. Anderenfalls stünde zu befürchten, daß der unerträgliche Europäer aus Oggersheim letztlich recht behält: 'Schon in zehn oder zwölf Jahren', so frohlockte er, 'wird die Europäische Gemeinschaft nicht mehr wiederzuerkennen sein.'"

## Vom Maulwurf zum Rotkehlchen

# Zehn Jahre Stadtteilzeitung

Das Rotkehlchen ist bei uns sehr verbreitet, es ist einer unserer schönsten Vögel. Viele Menschen finden es "süß, niedlich und goldig", aber es kann auch aggressiv sein, wenn es sein muß. Dann zeigt es dem Rivalen die rote Kehle und erreicht damit in der Regel den erwünschten Eindruck.

Sie merken es, liebe Leser, die Rede ist wirklich von dem allseits bekannten kleinen Vogel. Aber ROTKEHLCHEN ist auch der Name der Stadtteilzeitung für Eendenich und die Weststadt, die in diesem Jahr Jubiläum feiert.

ROTKEHLCHEN und sein Vorläufer DER HÜGEL feiern zusammen zehnjähriges Bestehen, Grund genug für einen kleinen Rückblick.

Stadtteil erreichen wollte. Das Ergebnis war die Gründung einer Stadtteilzeitung. DER HÜGEL, so hieß das Blättchen, das alle zwei Monate erscheinen sollte, lag im August 1978 zum erstenmal in den Briefkästen der Bewohner des Hügelsgebietes.

Die Resonanz war sehr gut, viele Briefe und Anrufe bestärkten die Redaktion, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzuma-



## Fahrt nach Kommern

Nicht alle Bewohner des Hügelsgebietes konnten am 17. Juni mit nach Kommern fahren. Schade? - Zumindest hat es sie davor bewahrt, pudelnaß zu werden.

Bereits auf der Hinfahrt konnten die Scheibewischer

angeht, besuchten wir zunächst ein sehr reizvolles Wildgehege. Die frei umherlaufenden Rehe und Hirsche fanden bald heraus, daß wir uns vorne mit Müllfutter eingedeckt hatten und zeigten sich sehr interessiert.

### So sah sie aus - die erste Ausgabe im August 1978

Alles begann im Sommer 1978. Einige Mitglieder der Eendenicher SPD hatten sich seit einiger Zeit um Probleme im Wohnbereich "Auf dem Hügel" gekümmert und zusammen mit Bewohnern dieses Gebietes an deren Lösung gearbeitet.

Bald kam man zu der Überzeugung, daß Information und Kommunikation sehr wichtig seien, wenn man etwas für einen

chen. Die Zeitung sollte einerseits Informationen vermitteln, vor allem auch solche, die in der Bonner Presse nicht erschienen waren, andererseits sollte sie auch den Bürgern eine Plattform bieten, ihre Meinung zu äußern und Wünsche und Anregungen öffentlich zu machen.

Das Interesse an der Zeitung veranlaßte die Redaktion, über die Ausdehnung des

Erscheinungsgebietes nachzudenken. Anfang 1982 war die Entscheidung gefallen, die Zeitung sollte in ganz Eendenich erscheinen. Damit war jedoch auch eine Änderung des Namens nötig. HÜGEL-HUGO, so hatten die Leser den kleinen Maulwurf getauft, der vom Titelblatt heruntergrüßte, ging in Pension und machte Platz einem ebenso sympathischen Tierchen, eben dem Rotkehlchen.

Zwei Jahre lang informierte ROTKEHLCHEN nun die Eendenicher Bürger und gab vor allem auch den Eendenicher Vereinen eine Plattform für die Darstellung ihrer Arbeit. Dieses Angebot wurde von vielen Vereinen genutzt, mit Erfolg, wie die Reaktion der Leser immer wieder zeigte.

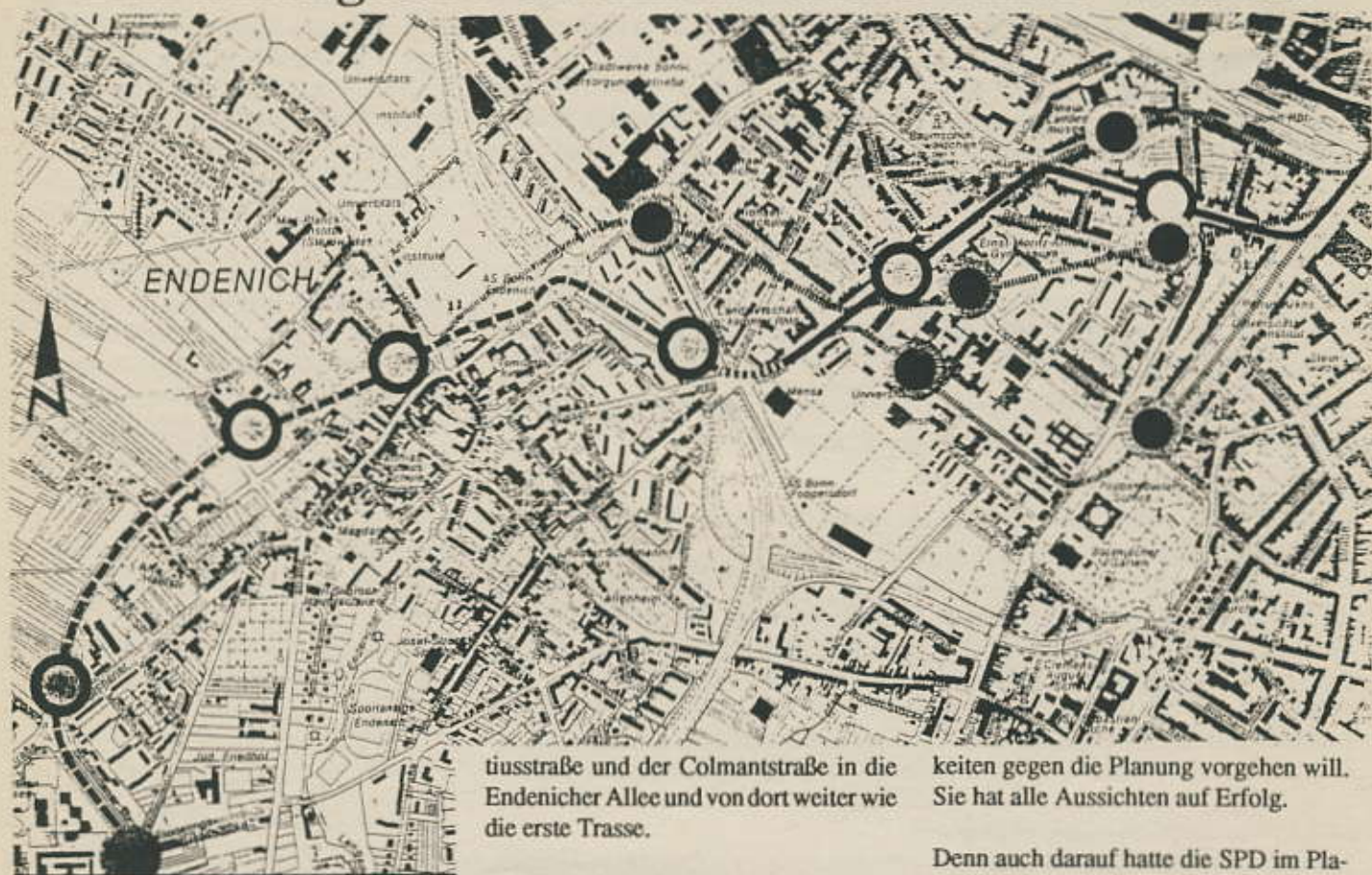
Anfang 1984 wurde der vorerst letzte Schritt in der Ausweitung der Stadtteilzeitung vollzogen: die Weststadt, genauer gesagt, das Musikerviertel, wurde in das Verteilungsgebiet einbezogen. Seitdem erscheint ROTKEHLCHEN alle drei Monate in einer Auflage von 7000 Exemplaren.

Das Interesse der Leser hat nicht nachgelassen, im Gegenteil, es erreichte mit der Berichterstattung über die Bedrohung des Meßdorfer Feldes durch Bebauungsvorhaben der CDU einen Höhepunkt: fast hundert Zuschriften gingen bei der Redaktion ein. Immer wieder kommt es vor, sogar auf Bürgerversammlungen der CDU, daß Eendenicher Bürger das ROTKEHLCHEN zitieren und mit der Zeitung winken, wenn ihnen etwas nicht paßt.

Das mag wohl daran liegen, daß ROTKEHLCHEN sich bemüht, die Interessen der Eendenicher Bürger aufzugreifen und ihnen öffentlich Nachdruck zu verleihen. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Nutzen Sie deshalb auch weiterhin die Möglichkeit, im ROTKEHLCHEN auf Mißstände hinzuweisen und Anregungen zu geben!

Mit einer Doppelnummer kommt ROTKEHLCHEN nun zum zehnjährigen Jubiläum heraus. Auch das äußere Erscheinungsbild wird sich mit dieser Ausgabe ändern. Das Druckbild wird auf Computersatz umgestellt. Dadurch hofft die Redaktion, die Zeitung besser lesbar zu machen. ROTKEHLCHEN freut sich auch für die nächsten zehn Jahre auf eine gute Zusammenarbeit mit seinen Leserinnen und Lesern.

# Hardtbergbahn erschließt den Bonner Westen



In der letzten Ausgabe hatten wir schon darauf hingewiesen: was seit Jahrzehnten diskutiert wird, scheint demnächst Wirklichkeit zu werden. Schienengebundene Nahverkehrslinien gibt es in Bonn hauptsächlich in Nord-Süd-Richtung. Nur eine Linie fährt vom Zentrum in Richtung Osten nach Siegburg.

Der Bonner Westen, und damit auch Endenich, ist nur mit Bussen erschlossen. Nun aber soll die Hardtbergbahn gebaut werden, die den Hauptbahnhof mit der Hardthöhe verbinden soll.

Die Verwaltung hatte mehrere Trassen, insbesondere in Bahnhofsnähe, vorgeprüft und dem Planungsausschuß vorgeschlagen, zwei davon intensiver zu untersuchen. Besonderer Schwerpunkt sollte dabei auf der Umweltverträglichkeit liegen.

Die eine Trasse führt, die Station Hauptbahnhof nach Süden verlassend, unter der Poppelsdorfer Allee in die Baumschulallee und dann in die Endenicher Allee, wo sie zwischen der Schule und der Mensa an die Oberfläche gelangt.

Die zweite Trasse führt vom Nordende der Poppelsdorfer Allee unter der Quan-

tiusstraße und der Colmantstraße in die Endenicher Allee und von dort weiter wie die erste Trasse.

Die Verwaltung bat um den Auftrag zur Untersuchung beider Varianten, weil die Umweltverträglichkeit beider Möglichkeiten noch untersucht werden sollte. Die SPD-Fraktion hat die Verwaltung hierin ausdrücklich unterstützt. Ganz anders verhielt sich die CDU. Sie legte sich sofort und uneingeschränkt auf die Trasse Quantiusstraße fest. Argumenten war sie nicht mehr zugänglich.

SPD-Fraktion und Verwaltung wiesen eindringlich auf die fehlende Grundlage für eine so frühzeitige Festlegung hin. An verlässlichen Fakten war die CDU jedoch nicht interessiert. Und mit ihr stimmte, welche sonderbare Koalition, die Faktion der Grünen.

Von der Endenicher Allee verläuft die Trasse über die abgedeckelte Autobahn, das umgebaute Endenicher Ei und den Wanderslebring in Richtung Duisdorf. Dabei ist geplant, zwei Spuren der Umgehungsstraße für die Stadtbahn zu nutzen und die Fläche für den Individualverkehr zu reduzieren.

Aber noch einmal zurück zur Colmantstraße. Die Entscheidung von CDU und Grünen rief sofort die Anwohner auf den Plan. Es gründete sich eine Bürgerinitiative, die mit allen rechtlichen Möglich-

keiten gegen die Planung vorgehen will. Sie hat alle Aussichten auf Erfolg.

Denn auch darauf hatte die SPD im Planungsausschuß hingewiesen: Wenn es zu einer gerichtlichen Prüfung der Planung kommen sollte, dann wird mit Sicherheit gefragt werden, ob weniger belastende Varianten untersucht worden sind. Muß die Verwaltung das verneinen, ist die Planung tot!

Das aber scheint die CDU in Kauf nehmen zu wollen. Hier entsteht der Verdacht, daß sie die Hardtbergbahn gar nicht will. Vor der Kommunalwahl werden, wie schon früher üblich, große Projekte beschlossen, um den Wählern etwas vorzugaukeln. In Wirklichkeit aber faßt die CDU Beschlüsse in einer Form, von der sie weiß, zumindest aber wissen müßte, daß sie die Planung torpediert.

Nach Auskunft der Verwaltung ist mit dem Baubeginn der Hardtbergbahn unter günstigsten Voraussetzungen 1995 zu rechnen. Bleibt die CDU bei ihrer Uneinsichtigkeit, wird er nie stattfinden. Die Politiker der CDU sollen endlich erklären, ob sie die Bahn wollen oder nicht, und zwar wahrheitsgemäß! Mogelpakungen werden inzwischen schnell erkannt und über's Ohr gehauen worden ist der Wähler in den letzten Jahren von den Wendestrategen oft genug. Man ist wachsam geworden!

# Erfolg im Kampf gegen den Müll

Ulrike Ballhausen über ihre Erfahrungen

**Andere reden - sie handelt: Eine Mutter von drei Kindern kämpft seit sieben Jahren gegen Tüten, Pappe, Flaschen und volle Mülltonnen. Der Abfallberg wird immer kleiner.**

Wir sind eine fünfköpfige Familie, seit sieben Jahren wohnen wir in einem Haus mit Garten. Damals fing ich an, mir Gedanken über den Müll zu machen. Wir wollten weniger Müll produzieren und auch Müllgebühren sparen.

Ich sammelte zunächst Glas und Zeitungspapier getrennt. Durch die getrennte Erfassung von Glas und Papier brauchten wir statt einer 120- und einer 70-Liter-Tonne bald nur noch eine 120-Liter-Tonne.

Erst langsam habe ich erfahren, daß die beste Art, Müll zu sparen, ist, ihn erst gar nicht entstehen zu lassen. Milch wird bei uns viel getrunken, ich kaufe sie in der Glasflasche, obwohl sie bis zu 60 Pfennig je Liter teurer ist als Milch in der Tüte. Alle Glasverpackungen sind leider für den Verbraucher teurer.

dem Garten, daß man diese Abfälle wiederverwerten kann. Ich habe dann einen Komposthaufen in unserem Garten (40 qm klein!) angelegt, der auch von unseren Nachbarn genutzt wird. Für zahlreiche Blumentöpfe auf dem Balkon und in der Wohnung produzieren wir jetzt die Erde selbst.

Schwierig war es auch, meine Familie mit dem neuen Konzept der Müllverwertung vertraut zu machen. Meine Kinder mußten lernen, ihre Bananenschale nicht einfach in den Mülleimer zu werfen. Heute klappt das im großen und ganzen recht gut.

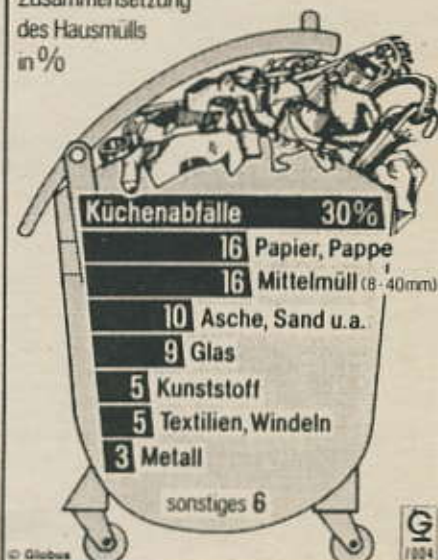
Beim Einkaufen habe ich immer ein Behältnis dabei, um Plastiktüten zu vermeiden. Beim Ausschauen der Waren achte ich besonders auf Art und Umfang der Verpackung. Öl kaufe ich nur noch in Glasflaschen. Nicht vermeiden konnte ich bisher die Kunststoffe im Bereich der Körperpflege. Da gibt es noch kaum etwas anderes.

Joghurtbecher aus Plastik gibt es bei mir

sind aus Aluminium, aus dem auch manche Dosen hergestellt werden. Ich sammle sie in einer Tüte unter der Spüle. Aluminium und Weißblech, aus dem die meisten Dosen sind, lassen sich leicht trennen, letzteres ist magnetisch. Die Weißblechdosen sammle ich im Keller, die werden dann in der Nachbarschaft abwechselnd zum Schrotthändler gefahren. Ich bin alle 2 Monate dran. Man kann viel Arbeit sparen, wenn man mit anderen zusammenarbeitet!

## Blick in die Mülltonne

Zusammensetzung  
des Hausmülls  
in %



*Der Haushaltsmüll schwillt und schwillt: Immer häufiger stehen schon Säcke neben den Abfalltonnen*

Bis vor 6 Jahren warf ich auch alle organischen Abfälle wie Salatblätter und Kartoffelschalen in den Mülleimer. Dann merkte ich durch meinen Kontakt mit

auch nicht mehr, seit ich mir einen Joghurtbereiter habe schenken lassen. Nur Quark muß ich weiterhin im Plastikbecher kaufen. Die Deckel dieser Becher

Unser 5-Personenhaushalt kommt nun bestens mit einer 70-Liter-Tonne aus. Die Stadt Bonn war auch gerne bereit, uns die kleinere Tonne zu geben. In anderen Gemeinden wird die Müllgebühr pro Kopf berechnet, das wären für unsere Familie 175 Liter Müll je Woche, pro Person also 5 Liter am Tag.

Fazit: Die Mülltrennung im Haushalt ist zu lösen. Problem: Als sich meine Arbeit auf meine Hausfrauentätigkeit beschränkte, fiel mir das überhaupt nicht schwer. Schwierig wird es zur Zeit, weil ich wieder berufstätig bin. Die Sammelei und das Wegbringen sind da schon lästig geworden. In diesen Phasen bin ich so richtig sauer auf die Stadt Bonn, die so wenig tut. Es ist kein Problem, die Dinge unter der Spüle zu trennen. Wenn ich vor meiner Haustüre zwei Mülltonnen hätte - eine für trockenen, eine für nassen Müll - würde das viel helfen.

### Einsicht der Woche

"Der Preis für die Freiheit steigt, wenn die Nachfrage sinkt"

Herr Blüm kassiert ab:

## Die Gesundheit wird noch teurer

Eine Reform der Struktur des Gesundheitswesens sollte es sein. So jedenfalls hatte es Arbeitsminister Norbert Blüm angekündigt. Die immens gestiegenen Kosten unseres Gesundheitssystems sollten gesenkt werden, indem alle Beteiligten einen Solidarbeitrag leisten sollten. Herausgekommen ist ein Abkassierungsmodell für Patienten.

Sehen wir uns das, was Norbert Blüm uns weiterhin als zweites Jahrhundertwerk der Wenderegierung anpreist, einmal genauer an. Welche den Patienten und Beitragszahler belastenden Maßnahmen sind beschlossen worden?

### Zahnersatz

Künftig müssen die gesamten Kosten (Zahnarzthonorare und Laborkosten) von den Versicherten zunächst bezahlt werden. Die Krankenkassen erstatten dann auf Antrag 50% der Gesamtkosten.



Blüms Zukunfts-Rezept

### Sterbegeld

Das Sterbegeld der Krankenkassen wird für alle Versicherten der Jahrgänge nach 1938 abgeschafft. Für alle Jahrgänge vor 1938 wird das Sterbegeld zum Teil drastisch gekürzt und auf einen einheitlichen Betrag von 2300 DM festgesetzt. Bundestagsabgeordnete sind davon bisher ausgenommen. Belastung der Versicherten: 1 Milliarde DM (später 2 Milliarden DM pro Jahr).

### Fahrtkosten

Für Fahrten zum Arzt werden künftig keine Kosten mehr übernommen. Für Fahrten zur stationären Behandlung ist in jedem Fall eine Selbstbeteiligung von 20 DM je Fahrt vorgesehen. Für Fahrten zur Kurbehandlung ist eine Selbstbeteiligung von 50 DM zu entrichten. Belastung der Versicherten: 800 Millionen DM.

Nach der bisherigen Regelung zahlen die Kassen die Zahnarzthonorare voll und die zahntechnischen Kosten bis zu 60%. Belastung der Versicherten: 2,35 Milliarden DM.

### Kieferorthopädische Leistung

Diese Behandlung erfolgt vorwiegend bei Kindern, ist teuer und sehr langwierig. Die Kosten dieser Behandlung muß von den Versicherten in Zukunft in voller Höhe selbst bezahlt werden. Die Kassen erstatten dann zunächst 75%, erst nach Abschluß der Behandlung, die sich über mehrere Jahre hinziehen kann, werden die restlichen 25% erstattet. Wird die Behandlung abgebrochen, verfällt der Anspruch auf die verbliebenen 25%. Belastung der Versicherten: 250 Millionen DM.

### Heil- und Hilfsmittel

Heil- und Hilfsmittel von geringem Wert werden nicht mehr von den Kassen bezahlt. Die Verschreibung von Bädern und Massagen wird beschränkt, für Brillen, Hörgeräte und andere Heil- und Hilfsmittel werden Festbeträge eingeführt.

Belastung der Versicherten: 1,5 Milliarden DM.

### Arzneimittel

Bisher werden Arzneimittel für Erkältungskrankheiten, gegen Reisekrankheiten und bestimmte andere Medikamente nicht von den Kassen bezahlt - diese "Negativliste" soll erweitert werden.

Für Arzneimittel sollen Festbeträge festgesetzt werden, wenn es verschiedene Arzneimittel mit vergleichbarer Zusammensetzung und Wirkung gibt. Für alle Arzneimittel, für die es noch keinen Festbetrag gibt, wird die Rezeptgebühr von 2 DM auf 3 DM pro Medikament erhöht. Ab 1991 soll bei allen Arzneimitteln, für die es keine Festbeträge gibt, eine Selbstbeteiligung von 15%, höchstens jedoch 15 DM pro Medikament eingeführt werden.

Belastung der Versicherten: 1,5 Milliarden DM.

### Beitragserhöhung für Rentner

Bisher zahlen Rentner und Rentenversicherung je zur Hälfte insgesamt 11,8% Krankenversicherungsbeitrag von der Rente. In Zukunft sollen sie den jeweils durchschnittlichen Beitragssatz aller Krankenkassen zahlen (z.Z. rund 13%). Das bedeutet eine Rentenkürzung um 0,6% und rund 1,2 Milliarden DM zusätzliche Ausgaben für die Rentenversicherung, die ohnehin in finanziellen Problemen steckt.

Betrachtet man das sogenannte Reformwerk kritisch, dann wird deutlich, daß die Last einseitig auf den Patienten und Beitragszahler abgewälzt wird. Die anderen Verursacher der Kosten, Ärzte und Krankenhäuser, sind wieder einmal davongekommen. Die Pharmaindustrie hat sich für Herrn Blüm als ein paar Nummern zu groß erwiesen, an sie traute er sich trotz vollmundiger Ankündigungen gar nicht erst heran.

Fazit: Das gleiche Strickmuster wie bei der Steuerreform. Den Kleinen wird genommen, die Großen dürfen ihres behalten oder es wird ihnen obendrein noch gegeben.

# Bürger fragten - SPD antwortet

Anlässlich des letzten Burgfestes der SPD hat es viele Anregungen der Endericher Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung der Situation unseres Ortsteils gegeben. Im folgenden soll berichtet werden, was von der SPD hierzu unternommen worden ist.

Die Anregung, die Pastoratsgasse vom Schwerlastverkehr zu befreien, ist durch einen SPD-Antrag sofort in die Realität umgesetzt worden. Schwieriger ist es dagegen, die Belästigungen durch die Linienbusse der Stadtwerke einzuschränken. Da die Busse die Fahrgäste möglichst ortsnahe durch das Ortszentrum befördern sollen, ist es schwierig, eine andere Linienführung zu wählen. Die SPD bemüht sich jedoch, die Geräusch- und Abgasbelästigungen durch den Einsatz umweltfreundlicher Busse (Elektrobusse) zu reduzieren.

Die von den Bürgern gewünschte und von der SPD beantragte Aufstellung eines "Spiegels" an der Ecke Endericher Straße/Pastoratsgasse wurde von der Stadtverwaltung mit Hinweis auf die Unzulässigkeit durch die Straßenverkehrsordnung abgelehnt.

Der geplante Umbau der Kreuzung Pastoratsgasse/Burggraben/Endericher Straße, dem die SPD zugestimmt hat, wird hoffentlich die gefährliche Situation in diesem Straßenabschnitt entschärfen.

## SPD fordert Tempo 30

In einer überregionalen Aktion in ganz Bonn hat die SPD die Einführung von "Tempo-30-Zonen" gefordert. Für den Bereich Enderich ist der gesamte Ortskern (Schulplatz, Frongasse, Endericher Straße, Burggraben, Röckumstraße, Magdalenenstraße etc) mit einbezogen worden. Da sich viele Autofahrer nicht im geringsten um diese Beschränkungen kümmern, hat die SPD gefordert, den Straßenraum durch Verschmälern und andere geeignete Maßnahmen so auszubauen, daß ein schnelles Fahren nicht mehr möglich ist.

Die Bushaltestelle in der Endericher Straße mehr in die Ortsmitte (etwa Einmündung Magdalenenstraße) zu legen, ist im Stadtwerkeausschuß noch nicht entschieden worden.

Um Abhilfe bei den Parkplatzproblemen zu schaffen, tritt die SPD im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Ortszen-

trums (Magdalenenplatz) für den Bau einer Quartiergarage ein.

## Bürger- und Vereinshaus für Enderich

Viele Wünsche der Bürger richteten sich auf die Schaffung von Möglichkeiten für die Begegnung und den Aufenthalt von Jugendlichen, von Übungsmöglichkeiten für junge Musiker etc. Die Enderi-



Dieter Witte

cher SPD hält nach wie vor an ihrem erst kürzlich im Stadtrat wieder erneuerten Vorschlag zur Errichtung eines Bürger- und Vereinshauses fest. Eine solche Einrichtung könnte allen interessierten Gruppen offen und zur Verfügung stehen. Gedacht ist an den Ausbau der alten Turnhalle in der Frongasse.

Die Anregungen vieler Bürger bezogen sich auf ein erweitertes Angebot von Geschäften sowie die Einrichtung eines Cafes. Diese Wünsche gehen jetzt zumindest teilweise durch das Geschäftsangebot (incl. Cafe) im Reuterhof in Erfüllung. Die SPD hat dieses Projekt unterstützt.

Da wir in Enderich nicht über einen städtischen Kindergarten verfügen, hat der SPD-Stadtverordnete Dieter Witte die Anregung, Kindergärten für die Kinder berufstätiger Mütter vor 8.00 Uhr zu öffnen, an die kirchlichen Träger dieser Kindergärten weitergeleitet.

Auch für eine umweltfreundlichere Müllentsorgung, verbunden mit mehr Recycling, sind die SPD-Stadtverordneten tätig geworden. Die SPD lehnt nach wie vor die Müllverbrennungsanlage ab. Für Anregungen stehen Ihnen die SPD-Stadtverordneten Dieter Witte und Horst Bachmann jederzeit zur Verfügung.

## Preisausschreiben

Zum zehnjährigen Jubiläum möchte die Redaktion alle Kinder und Jugendlichen bis zum Alter von 14 Jahren zu einem Wettbewerb einladen. Natürlich dreht der sich, wie sollte es anders sein, um das Rotkehlchen. Vom Titelblatt der Zeitung schaut es Euch an, aber kann es nicht auch anders aussehen?

Deshalb stellen wir die Frage: Wer malt das schönste Rotkehlchen?

Ihr könnt mit Buntstiften malen oder mit Wasserfarbe oder andere Arbeiten anfertigen. Vergesst aber nicht, Eure genaue Adresse und vor allem Euer Alter anzugeben.

Bitte schickt Eure Arbeiten bis zum 15. Oktober 1988 an die Adresse der Redaktion. Die schönsten Arbeiten werden prämiert.

## Umweltschutz fängt beim Einkaufen an

Bei einer Aktion "umweltbewußtes Einkaufen" verteilte die SPD-Enderich kürzlich Flugblätter, in denen Kunden die Bedeutung umweltbewußten Verhaltens auch beim Einkauf näher gebracht werden sollte.

### Lassen Sie sich nicht einpacken...



So ist es sinnvoll, keine mehrfach verpackten Waren zu kaufen und bewußt zur Pfandflasche anstelle der Einwegflasche zu greifen.

125 Jahre SPD:

## Frauen fordern ihre Rechte ein

Vor kurzem feierte die SPD ihr offizielles 125-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum zeigt unter anderem auch, daß die Geschichte der SPD stets eine Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegung war und ist. Von Beginn an hat sich die Sozialdemokratie für die Gleichberechtigung der Frau in der Arbeitswelt und im sozialen Bereich eingesetzt. Hierfür steht das Wort von August Bebel: "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichheit der Geschlechter."

Die Umsetzung dieser programmatischen Zielsetzung mußte in vielen einzelnen Schritten erkämpft werden. Untrennbar verknüpft mit diesen Bemühungen sind jene Frauen, die sich in der SPD für die Rechte ihrer Geschlechtsgenossinnen engagierten. Stellver-

trete für sie alle seien hier Clara Zetkin (später KPD), Marie Juchacz, Helene Grönberg und Elisabeth Selbert genannt. Namen, die zum Teil in Vergessenheit geraten sind. Einen frauenpolitischen Meilenstein stellte dabei die Einführung des Frauenwahlrechts durch die Sozialdemokratie im Jahre 1918 dar. Bereits nach dem ersten Weltkrieg forderten Sozialdemokraten die legale Schwangerschaftsunterbrechung. In der Folgezeit führte die Behandlung spezieller frauenpolitischer Themen zur Bildung einer sozialdemokratischen Frauenorganisation, auf deren Tradition sich die ASF heute aufbaut.

Die finstere Zeit der Verfolgung und des Exils während der Nazi-Zeit traf mit voller Härte auch die Frauenbewegung der SPD. Nach dem Zusammenbruch setzte sie aber die Ar-



**Für Emanzipation gekämpft:  
Clara Zetkin.**

beit unbeirrt weiter fort. Die Aufnahme des Gleichberechtigungsgrundsatzes in das Grundgesetz geht im wesentlichen auf dieses zähe Streben zurück.

Auch heute müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unvermindert für mehr Chancen der Frauen aktiv eintreten. In vielen Lebensbereichen ist der mühsam erstrittene Gleichberechtigungsgrundsatz noch nicht Realität. Noch immer sind Frauen zu wenig in verantwortlichen Positionen vertreten. Das gilt ebenfalls für die Partei sowohl in den Spitzengremien wie auch im parteipolitischen Alltag. Immer deutlicher schält sich die Erkenntnis heraus, daß Frauen den zustehenden Anteil an Ämtern, Mandaten und Funktionen nur erreichen, wenn dies verbindlich festgeschrieben wird. Der im September in Münster stattfindende Bundesparteitag muß sich dieses Themas annehmen. Die Aufnahme der Quotierung in die Satzung wird der sozialdemokratischen Frauenpolitik innerhalb der Partei eine neue Dimension geben.

## 9. Eendenicher Burgfest

am 17. September 1988

Beginn: 14.00 Uhr

Eendenicher Burg

### Programm:

*Brassband Glasgow (Schottland)*

*Kammerchor Trieste (Italien)*

*Barbershopensemble (Kiel)*

*Irishes Folkloreensemble (Dublin)*

*DUN(A)-Ensemble (Granada/Spanien)*

*Jazz-Ensemble (Dijon/Frankreich)*

### und dazu:

*Kinderflohmarkt/Kinderfest*

*Verkaufs- und Informationsstände*

*Kaffee und Kuchen*

*ausländische Spezialitäten*

*Getränke*

Veranstalter: SPD-Ortsverein Bonn-West



**Ercheinungsreihe:**  
Viermal jährlich

**Auflage:** 7.000  
**Druck:** Eigendruck

**Herausgeber:**  
SPD-Stadtratsfraktion in  
Zusammenarbeit mit dem  
SPD-Ortsverein Bonn-West

**Redaktion:**  
Klaus Stöppler (verantwortl.)  
Eva Günther-Berger, Klaus  
Haak, Gisela Haas, Ute Kiltz

### Redaktionsanschrift:

ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler  
Weberstraße 55 5300 Bonn 1  
Telefon: 22 51 56